

Gutachter rüttelt an 55 Verbandsgemeinden

Fusionen Ein vom Land beauftragter Wissenschaftler sieht großen Reformbedarf in der kommunalen Verwaltung

Von unserem Mitarbeiter
Frank Giarra

■ **Rheinland-Pfalz.** 55 Verbandsgemeinden, drei verbandsfreie Städte und fünf verbandsfreie Gemeinden in Rheinland-Pfalz müssten aufgelöst werden. Das sagt der Kaiserslauterer Professor Martin Junkernheinrich. In einem Gutachten ist er zu dem Schluss gekommen, dass sie die Kriterien nicht erfüllen, die für einen Fortbestand sprechen. Das Land sieht bislang nur 32 Fusionskandidaten mit „vordringlichem Bedarf“.

Für elf Verbandsgemeinden hat Junkernheinrich Ausnahmegründe aufgezeigt, die gegen eine Fusion sprechen. Sie verfügen etwa über „stark überdurchschnittliche Merkmalsausprägungen bei Ortskommunezahl und Flächengröße“. Unter anderem sind das die Verbandsgemeinden Ulmen, Kirnland, Altenahr, Dierdorf, Wöllstein und Baumholder. Insgesamt kon-

statiiert der Forscher aber einen „umfassenden territorialen Reformbedarf“ in Rheinland-Pfalz. Die Kommunalreform dürfe sich nicht auf die Verbandsgemeinden beschränken. Auch die Landkreise seien „im Bundesvergleich relativ klein“. Eine Neugliederung der Ortsgemeinden „sollte geprüft werden“. Junkernheinrich hält Veränderungen für dringend erforderlich: „Der Fortbestand von in

Diese Kommunen haben Bedarf an einer Reform

Verbandsgemeinden mit Reformbedarf gibt es auch im Verbreitungsgebiet unserer Zeitung. Das Gutachten des Experten Martin Junkernheinrich nennt folgende: Altenglan, Bad Hönningen, Bad Kreuznach, Bad Münster am Stein-Ebernburg, Daaden, Flammersfeld, Gebhardshain, Glan-Münchweiler, Hahnstätten, Heidesheim, Katzenelnbogen, Meisenheim, Nassau,

ihre Leistungskraft eingeschränkten Verbandsgemeinden würde dauerhaft zu einem Ungleichgewicht bei der Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz führen, was einer gemeinwohlorientierten Lösung abträglich wäre.“

Die CDU sieht sich durch seine Äußerungen bestätigt. „Eine isolierte Zwangsfusion von Gemeinden läuft den Vorstellungen des

Rhaunen, Rheinböllen, Rhens, Sankt Goar-Oberwesel, **Stromberg**, Treis-Karden und Waldbreitbach. Die ebenfalls genannten VGs Braubach und Loreley sind bereits seit Juli 2012 fusioniert. Außerdem sind laut Junkernheinrich auch die verbandsfreien Gemeinden Budenheim sowie die verbandsfreie Städte Herdorf und Kirn reformbedürftig. Beileibe nicht alles ist neu: Viele

Gutachters zuwider“, sagt Unions-Innenexpertin Anke Beilstein. „Die Landesregierung hat sich die Verbandsgemeinden herausgepickt, die aber gar nicht das Problem darstellen.“ In einer Reform müssten alle kommunalen und staatlichen Ebenen einbezogen werden. Auch Aloysius Söhngen, Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes, sagt: „Man muss darüber nachdenken, wie die gesamte Verwaltungs-

dieser Kommunen wissen bereits längst, dass sie zu den Betroffenen der Kommunalreform im Land gehören.

Die VGs Bitburg-Land und Kyllburg bekommen für ihre Fusion vom Land übrigens eine Hochzeitsprämie von 959 000 Euro und 2 Millionen Euro zur Reduzierung ihrer Verbindlichkeiten. Sie haben Ende Juni die Fusion schriftlich vereinbart.

struktur im Land aussehen sollte.“ Die Fusionskandidaten harren derweil der Dinge, die da kommen sollen. Etliche Bürgermeister erkundigen sich schon seit Monaten besorgt, was Mainz plant. Der zuständige Innenminister Roger Lewentz (SPD) lässt sich bei dieser konflikträchtigen Angelegenheit nicht in die Karten blicken. Er wartet eine weitere Expertise von Professor Junkernheinrich ab, der Vorschläge für Gebietsänderungen unterbreiten soll.

„Vom zweiten Teil des Gutachtens erwarten wir konkrete Handlungsempfehlungen. Diese wird die Landesregierung dann in einer Gesamtschau, bei der auch die vorliegenden Beschlüsse der Orts- und Verbandsgemeinderäte sowie die Ergebnisse der Bürgerentscheide und Bürgerbefragungen herangezogen werden, würdigen und die erforderlichen Gebietsänderungen durch Gesetz auf den Weg bringen“, sagt Lewentz.